

NACHRICHTEN

Volkswagen will Bonus streichen

ABGAS-AFFÄRE sda. Volkswagen kürzt wegen des Abgas-Skandals die erfolgsabhängigen Bonuszahlungen für das Top-Management. Aufsichtsrat und Vorstand seien sich einig, dass angesichts der aktuellen Lage des Unternehmens ein Zeichen auch bei den Vorstandsvergütungen gesetzt werden müsse. Dies sagte eine mit den Verhandlungen vertraute Person am Dienstag der Nachrichtenagentur Reuters. VW selber äusserte sich nicht.

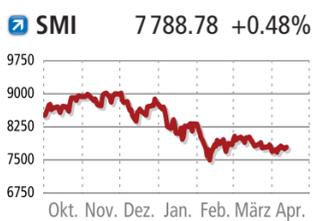
Schweizer Tourismus im Tief

WINTER sda. Der Schweizer Tourismus ist auch in der abgeschlossenen Wintersaison nicht aus der Krise gekommen. Die Marketing-Organisation Schweiz Tourismus versucht daher, im In- und Ausland für Ferien in der Schweiz zu werben. Dafür stehen im Sommer 2016 insgesamt 57 Millionen Franken zur Verfügung. Im Fokus stehen Individualreisende aus Amerika und Asien, weniger preissensible Nordeuropäer, aber auch die Schweizer selbst. In der Sommersaison soll es mit den Übernachtungszahlen dann um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr nach oben gehen.

Zur Rose mit Gewinneinbruch

INTERNET sda. Der Gewinn der Thurgauer Onlineapotheke und Ärztgrossistin Zur Rose ist im vergangenen Jahr auch wegen des starken Frankens um mehr als die Hälfte eingebrochen. Unter dem Strich blieb ein Plus von 3,4 Millionen Franken – gegenüber 7,2 Millionen Franken im Jahr 2014. Der Umsatz nahm um 8,9 Prozent auf 834,4 Millionen Franken ab. Der Umrechnungseffekt des schwachen Euros habe den Umsatz um rund 50 Millionen Franken vermindert.

BÖRSE



AKTIEN DES TAGES

TOP	12.04.	+/-
u-blox Holding	192.7	+2.99%
Givaudan N	1938	+2.87%
Grp. Minoteries SA	343	+2.39%
Bâloise N	122.9	+2.25%
Romande Energie	978	+2.14%

FLOP

Perfect Hold. SA	0.03	-25%
DKSH Hold.	61.4	-6.04%
Accu	8.94	-4.99%
Addex Therapeutics	2.77	-3.82%
Swissmetal Holding	0.26	-3.7%

Dollar in Fr.	0.9551	+0.07%
Euro in Fr.	1.0877	-0.09%
Gold in Fr. pro kg	38284	+0.01%

ZINSSÄTZE IN %

Geldmarkt	11.04.	Vortrag
Franken-Libor 3 Mt.	-0.729	-0.729
Franken-Libor 6 Mt.	-0.6558	-0.6558
Kapitalmarkt	12.04.	Vortrag
Schweiz 10-j. Staatsanleihe	-0.336	-0.364
Deutschland 10-j. Staatsanl.	0.153	0.129
USA 10-j. Staatsanleihe	1.7639	1.7473

Alle Angaben ohne Gewähr. Quelle: vwd group 13042016

Luzern verliert 170 Arbeitsplätze

SBB Um Kosten zu sparen, verlagern die SBB 170 Jobs von Luzern nach Olten. Gewerkschaften üben Kritik.

MAURIZIO MINETTI
maurizio.minetti@luzernerzeitung.ch

Erneuter Rückschlag für den Standort Luzern. Einen Monat nachdem Mobility Carsharing bekannt gegeben hat, aus Kapazitätsgründen mit seinen 130 Angestellten von Luzern nach Rotkreuz zu ziehen, müssen nun bald auch Dutzende SBB-Mitarbeitende die Koffer packen. Die SBB gaben gestern die Verlagerung von rund 170 Arbeitsplätzen von Luzern nach Olten per April 2017 bekannt. Betroffen ist der Bereich Infrastruktur. Die Mitarbeitenden des Bereichs «Projekte» sollen von den Büros im Bahnhof Luzern in den SBB-Aarepark in Olten umziehen.

Keine Entlassungen

Die betroffenen Mitarbeitenden wurden gemäss SBB über die Massnahme informiert. Betroffene berichten, dass die Stimmung bei der Orientierung des Personals recht emotional war: «Viele verstehen den Entscheid nicht», sagt einer. Die Richtlinien des Gesamtarbeitsvertrags werden gemäss SBB eingehalten. Die

Personalkommission und die Sozialpartner seien eng in den Prozess eingebunden. Entlassungen soll es keine geben.

Synergien nutzen

Mit dieser «organisatorischen Anpassung», wie sie die SBB nennen, führe man Mitarbeitende mit ähnlichen oder gleichen Tätigkeiten an einem Arbeitsort zusammen. Die Reorganisation fördere damit die Zusammenarbeit im Bereich «Projekte» und Sorge für Synergien. Die SBB sprechen von gesteigerter Arbeitseffizienz und Optimierung der Auslastung ihrer Bürostandorte. Kurzum: Es können Kosten gespart werden. Die Rede ist von rund 800 000 Franken Miete pro Jahr, welche bei der Abteilung Infrastruktur wegfallen. Die frei werdenden Flächen im Bahnhof werden nun extern vermietet. Wer einziehen wird, ist noch nicht definitiv entschieden.

Die SBB betonen in der Mitteilung, dass man auch künftig am Standort Luzern festhalte. Nach dem Umzug arbeiten rund 900 Mitarbeitende in Luzern. Die Arbeitsplätze der Divisionen Personenverkehr, Cargo und Immobilien sowie die standortgebundenen Funktionen von Infrastruktur bleiben vor Ort.

Für Urs Huber von der Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV) ist die Arbeitsplatzverlagerung ein harter Schlag für den Luzerner SBB-Standort, der dadurch «massiv geschwächt» wer-

de. «Projekte Infrastruktur» ist eine der letzten grossen Geschäftsbereiche in Luzern, nachdem in den letzten Jahren viele andere Bereiche in Lausanne, Zürich und Olten zentralisiert wurden», so Huber. Eine Mehrheit der Angestellten werde dadurch einen um bis zu einer Stunde längeren Arbeitsweg hinnehmen müssen.

«Sogar die SBB geben an, sie rechneten mit vielen Mitarbeitenden, die wegen des Wechsels nach Olten früher oder später eine andere Stelle suchen werden. Das ist auch für die Unternehmung schlecht, da hier spezifisches Bahn-Know-how unnötig verloren geht», so Huber. Er wirft den SBB vor, dass es ihnen nur um die Vermietung der wertvollen Immobilie gegangen sei.

Umzug an die Güterstrasse

Rund 70 Mitarbeitende des heutigen SBB-Standorts am Bahnhof behalten ihren Arbeitsplatz weiterhin in Luzern. Sie werden ab Anfang 2017 jedoch nicht mehr im Bahnhof, sondern im SBB-

Bürogebäude an der Güterstrasse 3 arbeiten. Urs Huber von der Gewerkschaft des Verkehrspersonals glaubt aber, dass auch diese Stellen mittelfristig abwandern könnten. «Die verbliebenen Personen kümmern sich um Projekte des Gotthard- und des Ceneri-Basistunnels. Sobald diese abgeschlossen sind, dürften diese Stellen in Luzern ebenfalls bedroht sein», meint Huber.

Die SBB hatten nach eigenen Angaben andere Standorte rund um Luzern in Erwägung gezogen, kamen aber letztlich zum Schluss, dass eine Zentralisierung in Olten mehr Sinn macht, erklärt ein Sprecher auf Anfrage.

«Natürlich ist es schade, dass diese Arbeitsplätze verlagert werden», sagt dazu Walter Stalder, Direktor der Wirtschaftsförderung Luzern. «Scheinbar gibt es in Olten ideale, verfügbare Büroräume.» Kanton und Stadt Luzern können seiner Meinung nach aber trotzdem weiterhin gute Rahmenbedingungen anbieten.



«Der SBB-Standort Luzern wird massiv geschwächt.»

URS HUBER,
GEWERKSCHAFT DES
VERKEHRSPERSONALS

Schattenboxen zwischen den Sozialpartnern

FACHKRÄFTE Ältere Arbeitskräfte sollen beruflich besser integriert werden. Die Arbeitgeber wehren sich aber gegen einen stärkeren Kündigungsschutz.

«Man kann es nie allen recht machen.» Johann Schneider-Ammann kennt das Dilemma nicht erst seit er Bundesrat ist, aber im politischen Amt hat er seine Fertigkeiten im Umgang mit dem Problem zweifellos stark verfeinert. So gesehen ist der Wirtschaftsminister gut vorbereitet, wenn er am Donnerstag kommender Woche die Arbeitgeber, die Gewerkschaften, die Kantone und seine eigenen Bundesexperten zur zweiten Nationalen Konferenz zum Thema ältere Arbeitnehmende empfangen wird.

Eine harmonische Runde ist nicht zu erwarten, wie die Protagonisten bereits im Vorfeld mehr als deutlich durchblicken liessen. Gestern lud der Schweizerische Arbeitgeberverband in Zürich zu einer Medienkonferenz ein, in der sich Präsident Valentin Vogt stellvertretend für seine Mitgliedsverbände entschieden gegen die Einführung neuer arbeitsmarktrechtlicher Massnahmen wehrte. Ein ausgebauter Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende würde sich «genau für jene Gruppe von Arbeitnehmenden bei der Stellensuche nachteilig auswirken, die er zu schützen vorgibt», warnte Vogt mit Blick auf entsprechende Forderungen, wie sie von Gewerkschaftsseite erhoben werden.

Vorwürfe an Arbeitgeber

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund verweist auf die steigende Erwerbslosenquote der Altersgruppe 55+ und die gleichzeitige Zunahme der Sozialhilfequote für die gleiche Alterskategorie. Im Raum steht der Vorwurf, dass die Arbeitgeber das Tabu gebrochen hätten und auch ältere Angestellte ohne Zögern auf die Strasse stellten. Eine Entlassung kurz vor der Pensionierung sei «unschön», aber nicht besser sei «ein arbeitscheuer Mitarbeiter, der es vorziehen würde, die Jahre bis zur Pensionierung lieber mit Arbeitslosengeld zu überbrücken, als sich nochmals motiviert in den Betrieb einzubringen», konterte Vogt.



Ein älterer Arbeitnehmer beim Siebdruck in einer Textildruckerei.
Keystone/Christian Beutler

Die Rhetorik vernebelt den Blick auf die Realität. Noch ist der schweizerische Arbeitsmarkt – mindestens im internationalen Vergleich – in einer guten Verfassung. Die Arbeitslosenquote ist niedrig, die Erwerbsquote hoch, und die Wahrscheinlichkeit eines Stellenverlustes ist bei älteren Arbeitnehmenden immer noch geringer als bei den Jungen. Doch eine Tatsache ist auch, dass die jüngere Entwicklung vor allem seit dem zweiten Frankenschock



«Eine Entlassung kurz vor der Pensionierung ist unschön.»

VALENTIN VOGT, PRÄSIDENT
ARBEITGEBERVERBAND

eine negative Tendenz aufweist. Die Erwerbslosenquote nach Definition des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) ist

in den vergangenen Monaten weiter gestiegen, während sie in manchen EU-Ländern, allen voran Deutschland, gefallen ist. Inzwischen ist die Erwerbslosenquote gemäss ILO in Deutschland sogar niedriger als in der Schweiz.

Arbeitskräftemangel nimmt zu

Diese Entwicklung sollte freilich nicht nur den Gewerkschaften zu denken geben, sondern ebenso den Patrons und ihren Verbänden. Diese klagen nämlich schon seit geraumer Zeit über den Fach- und Arbeitskräftemangel, wie er durch die Überalterung der Gesellschaft und die geplanten Einschränkungen bei der Zuwanderung unweigerlich auf die Wirtschaft zukommen werde. Swissmem-Präsident Hans Hess sprach gestern von 100 000 Arbeitnehmenden, die in den Industriebetrieben seines Verbandes bis 2020 in Rente gehen werden. Nur 25 000 rückten laut Hochrechnungen nach. In

Kennntnis der konkreten Nachwuchsprobleme in der eigenen Branche schlägt Hess weniger scharfe Töne an als der Präsident des Dachverbandes. Die Swissmem-Firmen müssten sich auf dem Arbeitsmarkt als attraktive Unternehmen positionieren können, nur so seien sie in der Lage, die anstehenden Probleme zu bewältigen.

Der Vaterschaftsurlaub, den Vogt kategorisch zurückweist, ist in den Swissmem-Betrieben bereits Realität. Im Bemühen um eine stärkere Akzeptanz der Industriebetriebe unter den Frauen dürfte Swissmem auch in punkto Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern deutlich weiter sein als andere Branchen. Vielleicht schafft der Wettbewerb, was den Politikern nicht gelingt – ein faires Gleichgewicht im Arbeitsmarkt.

DANIEL ZULAUF
daniel.zulauf@luzernerzeitung.ch